

Sehr geehrte Damen und Herren,

Artikel 1 GG

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Artikel 16 a GG

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Diese Festlegung von Grundrechten erfolgte 1949 aus der bitteren Erfahrung des Weltenbrandes des 2. Weltkrieges und des Naziregimes unter Hitler. Mit dem Inkrafttreten der Genfer Flüchtlingskonventionen 1951 bzw. 1967 folgte eine weitere grundlegende völkerrechtliche Festlegung zum Schutz von Flüchtlingen, die in 147 Staaten ratifiziert wurden.

Die Flucht der Menschen aus Nazideutschland hat gezeigt, wie sehr eine Völkergemeinschaft ohne solche Grundsätze unmenschlich werden kann. Damals waren neben den Juden auch politisch Andersdenkende, Intellektuelle und Gewerkschafter verfolgt. Viele dieser Menschen scheiterten bei ihrer Flucht an geschlossenen Grenzen, nicht erteilten Visa, Rückführungen, fehlenden Fluchtkorridoren und vielem mehr. Die Staatengemeinschaft hat in dieser Zeit versagt, hat weg gesehen, hat vielleicht die Entwicklung unterschätzt, hat aber auch wirtschaftliche Interessen vor den Schutz der Menschen gestellt.

Aus diesen schlimmsten Erfahrungen sind die Grundrechte als unsere höchste Werteordnung und die Verpflichtung zur Hilfe für politisch Verfolgte entstanden. Die festgelegten Grundrechte sind dabei keineswegs nur Zielbestimmungen, sondern alle Gesetzgebung hat sich diesen Werten unterzuordnen. Sie sind der Kitt, der unserer Gesellschaft ein friedliches, freies Zusammenleben ermöglichen soll.

In der heutigen Zeit mit Kriegen, Terror und zerfallenden Staaten, wird immer deutlicher, wie wichtig und wesentlich diese grundlegenden Rechte für unser gemeinschaftliches, friedliches Zusammenleben sind. Leider wird aber auch deutlich, wie leicht sie aus Angst, wirtschaftlichen Interessen und Populismus von Politikern leichtfertig verraten werden.

Angst vor Überfremdung, vor dem Verlust der kulturellen Identität, schlicht die Angst vor dem Fremden äußert sich auch in unserem Land mal mehr, mal weniger offen.

Fakt ist, dass auch schon lange vor der großen Flüchtlingsbewegung in 2015 in der Bundesrepublik jeder 5te Erwachsene und jedes 3te Kind einen sogenannten Migrationshintergrund hatte. Die Gesamtbevölkerungszahlen sind trotz sinkender Geburtenzahlen und demografischem Wandel in den letzten Jahren nahezu konstant. Daraus lässt sich schließen, dass wir schon länger auf dem Weg in eine Zuwanderungsgesellschaft mit vielen verschiedenen Menschen und kulturellen Unterschieden sind und es ist kein Geheimnis mehr, dass wir Zuwanderung brauchen, wenn wir den demografischen Wandel bewältigen wollen.

Wanderungsbewegungen fanden und finden in der Welt immer statt und verändern sie permanent. Auch unsere Gesellschaft ist im Umbruch. Die Generation der heute 20jährigen bewegt sich mit neugieriger Leichtigkeit in der gesamten Welt, studiert im Ausland, arbeitet in fernen Ländern und ist dadurch in die ganze Welt vernetzt.

In vielen anderen Teilen der Welt ist wirtschaftliche Not, Armut, Ausbeutung von Land und Ressourcen, oft im Gespann mit wirtschaftlichen Interessen von Machthabern oder Konzernen, klimatischen Veränderungen, politischer Verfolgung und Kriegen der Anlass für die Menschen, die Heimat zu verlassen und anderswo Arbeit und Zukunft zu suchen.

Auch hier in NF sind auch vor 2015 schon viele Arbeitsemigranten angekommen, im wesentlichen Polen und Rumänen, deren Situation leider viel zu oft auf dem Arbeitsmarkt in unwürdiger, ausbeuterischer Weise ausgenutzt wird. Deren Arbeitszusammenhänge sind leider oft ein Zeichen dafür, wie die „Wirtschaftlichkeit“ das Maß aller Entscheidungen ist und wir uns damit immer weiter von dem dringend nötigen sozialen Ausgleich und der Solidargemeinschaft entfernen.

Die Menschen, die im letzten Jahr und auch heute noch den Weg zu uns suchen, sind keine Arbeitsmigranten, sondern suchen im Gros Schutz vor Krieg, Bürgerkrieg, politischer Verfolgung oder Diskriminierung.

2015 hat NF ca. 2.000 Menschen aufgenommen, insgesamt leben hier z. Z. ca. 9.000 Ausländer, 5,5% der Bevölkerung. Man kann davon ausgehen, dass ca. die Hälfte davon als Flüchtlinge zu uns gekommen sind. Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge sind Syrien, Afghanistan, dann Irak, Iran, Jemen, Armenien. Es kommen in diesem Jahr immer mehr Familien, die sich durch das Versagen der europäischen Politik auf äußerst gefährliche Fluchtwege begeben müssen.

Bereits 2012 hat der Kreis NF eine Migrationskonferenz ins Leben gerufen, die im Rahmen des von der Bundesregierung angestrebten Nationalen

Integrationsplans in 4 Arbeitsgruppen Konzepte entwickeln und das Thema Integration im Kreis verankern sollte. Dies führte bereits 2014 zu ersten konkreten Projekten wie der Bewerbung des Kreises zur Projektteilnahme „Ankommen – Perspektive Job“ oder dem Anschubprojekt „Runde Tische“ auf Sylt, in Niebüll, Leck und Husum.

Diese Vorarbeit war Ende 2014 mit steigenden Flüchtlingszahlen eine gute Grundlage, vergleichsweise schnell und gezielt zu reagieren. Innerhalb des Kreises wurden 6 Funktionsräume gebildet, in denen Fachstellen eingerichtet wurden, die hauptamtlich das große ehrenamtliche Engagement begleiten, strukturieren und unterstützen sollen, aber auch als direkte Ansprechpartner für die Asylsuchenden da sind. Das ehrenamtliche Engagement war und ist unglaublich groß und sichert einen Großteil der direkten Begleitung von geflohenen Menschen und der Alltagshilfen, die gerade am Anfang so notwendig sind.

Diese große Hilfsbereitschaft ist ein gutes Fundament, um weitere integrative Schritte zu gehen und es ist gut, dass sie sicher auch mit dazu beiträgt, dass es in NF eine recht große Aufnahmebereitschaft und so gut wie keine Übergriffe zu verzeichnen gibt.

Daneben sind im letzten Jahr zunehmend in vielen Bereichen bei Behörden, Arbeitsagentur, Sprachanbietern, Schulen, Strukturen angeschoben worden, die nicht nur die Erstbetreuung, sondern auch die längerfristige Integration der Menschen auf den Weg bringen sollen. Die ersten Schritte sind gemacht, das ist sehr gut.

Sie müssen nun aber weiterhin mit Leben gefüllt, verstetigt und ausgebaut werden.

Es wäre fatal, wenn wir den Fehler, den wir Anfang der 90ziger Jahre, als viele Flüchtlinge aus dem Jugoslawienkrieg zu uns gekommen sind oder die Versäumnisse in Bezug auf die Gastarbeiter wiederholen würden.

Es geht darum, kluge, niedrighschwellige, unkomplizierte Wege in die Teilhabe an unserer Gesellschaft zu schaffen. Augenhöhe und wirkliche Teilhabemöglichkeiten sollten dabei das Leitmotiv sein. Hinzu kommt, dass Modelle entwickelt werden müssen, die sich an die gesamte Gesellschaft wenden.

An vielen Stellen wird durch die Aufnahme der großen Flüchtlingszahl der Finger in Wunden gelegt, die in unserer Gesellschaft sowieso schon lange vorhanden waren, nur werden sie leider allzu oft und ungerechtfertigt den geflohenen Menschen angelastet.

Am deutlichsten wird dies vor allem im Bereich Wohnungsbau, der seit Jahrzehnten privaten Investoren überlassen wurde. In Husum, wie auch in fast allen anderen Städten, gab es auch vor 2014 eine große Wohnungsknappheit für Menschen mit geringem Einkommen. Neben anderen Aspekten wie zu wenig Kindergartenplätzen oder der Veränderung des Arbeitsmarktgefüges zeigt sich an diesen Themen deutlich und für jeden sichtbar die Schieflage im sozialen Gefüge unserer kapitalorientierten Gesellschaft. Die Flüchtlingsthematik scheint mir im Grunde nur ein Aspekt im Grundthema des kontinuierlichen Abbaus von solidarischen Grundwerten zu sein.

Dabei ist es besonders erschütternd, dass auch die Bundesregierung weiß, dass sie mit Teilen der Asylpakete II und III gegen geltende Menschenrechtsvereinbarungen verstößt und unser eigenes Grundgesetz mißachtet. Die Flüchtlingsrochade im Mittelmeer ist beschämend und es ist unglaublich und nicht zu ertragen, dass Deutschland zustimmt, einem Land wie der Türkei, dass gegen seine eigene kurdische Bevölkerung Krieg führt, dass nahezu alle Werte unseres Grundgesetzes mit Füßen tritt, die vermeintliche „Lösung“ der Flüchtlingsfrage andient.

Die Folgen der Asylpakete II und III, der Dublin III Regelungen und der Beschlüsse der EU zum Thema Flüchtlingspolitik erleben wir hier in Nordfriesland im Kontakt mit den betroffenen Menschen hautnah, begleitet von den damit verbundenen Erklärungsnot.

Oder wie soll man jemandem erklären, dass er im Rahmen von Dublin III nach Ungarn zurück geschickt wird, obwohl er dort massive Gewalt erlebt hat oder nach Italien, wo er bereits mehr als ein halbes Jahr auf der Straße gelebt hat, hungrig, misshandelt, chancenlos? Wie soll man begreiflich machen, dass jemand seine Familie nicht aus Kriegsgebieten oder einem überfüllten Flüchtlingslager nachholen darf, weil er nur einen subsidiären Schutzstatus hat, der das nun nicht mehr erlaubt oder weil die Familie nur ausweise, aber keine Pässe hat? Und wie kann man begreiflich machen, dass es auch keinen Weg zurück gibt, weil die zuständigen Länder keine Visa erteilen? Wie erklärt man einem Roma, dass sein Land für ihn nun sicher ist und er zurück muss, obwohl er massive Verfolgung und Diskriminierung zu erleiden hatte und auch die ärztlichen Bescheinigungen, die seine Traumatisierung belegen, nicht mehr relevant sind? Wie soll man Eltern, die in NF zugewiesen sind, begreiflich machen, dass sie nicht nach Essen zu ihren Kindern ziehen dürfen? Wie erklärt man einem hoch motivierten Menschen aus Afghanistan, dass er leider keine Möglichkeit zur Teilnahme an einem offiziellen Sprachkurs hat? Und wie begegnen wir den jungen Menschen, die lernen wollen, aber keine Schulausbildung bekommen können, weil sie leider ein halbes Jahr zu alt sind?

Die Liste ließe sich fortsetzen und mit ihr erleben wir leider die Folgen dieses Ausverkaufs des Asylrechtes und der Menschenrechte ganz direkt und in all seiner unmenschlichen Konsequenz.

Was hat unsere Regierung, was haben wir im letzten Jahr vergessen? Was lässt uns so leichtfertig und ohne wirkliche Not unsere eigene Geschichte und unsere eigene Verfassung und vor allem die Menschen, die bei uns Schutz suchen, verraten?

Erinnern wir uns an den Anfang:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Ich denke, es ist nicht nur die Verpflichtung der staatlichen Gewalt, sondern eines jeden Einzelnen, sich dieses Artikel bewusst zu sein und sich in aller möglichen Stärke dafür einzusetzen. Vertrauen wir auf unsere demokratische, freiheitliche Einstellung, denn das ist das einzige, was uns als verlässliche Größe in diesen Zeiten gesellschaftlichen Halt geben und gegen das dumpfe Tönen der rechten Strömungen wirken kann.

In Nordfriesland leben Menschen aus 128 verschiedenen Nationen. Sie alle bringen eine kulturelle Vielfalt, neue Sprachen, anderes Essen, neue Sichtweisen auf eingefahrene Spuren mit.

Haben wir den Mut zu Offenheit und Begegnung, damit das Fremde nicht fremd bleibt. Sehen wir diese Menschen als die Bereicherung an, die sie tatsächlich sind, als Teil der Welt, die in unser kleines Nordfriesland einzieht, es bunter, vielfältiger und letztlich auch überlebensfähiger macht.

Besinnen wir uns auf die Kraft, die die Gründer unserer Republik in das Grundgesetz gelegt haben. Aus der Erfahrung des Weltenbrandes habe sie versucht, einen verbindlichen, gerechten Weg in die Zukunft zu weisen. Haben wir den Mut, dafür einzustehen und widersetzen wir uns konsequent dem Wahnsinn, der Gier und der Angst in der Welt.

Vielen Dank.